

Geschäftszahlen:

BMAW: 2022-0.886.686

BMBWF: 2022-0.892.377

BMK: 2023-0.055.038

**46/4.1**

Zur Veröffentlichung bestimmt

## Vortrag an den Ministerrat

### **Bericht über die formelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung, Raumfahrt), Brüssel, 01./02. Dezember 2022**

#### **Rat Wettbewerbsfähigkeit, Teil Binnenmarkt und Industrie, 1. Dezember 2022:**

Österreich wurde im Teil Binnenmarkt und Industrie durch Bundesminister Univ. Prof. Dr. Martin Kocher vertreten. Seitens der Europäischen Kommission (EK) waren Vizepräsident Virginijus Sinkevicius, Kommissar Didier Reynders und Kommissar Thierry Breton anwesend. Den Vorsitz führte der tschechische Wirtschaftsminister Jozef Sikela.

Zu Beginn der Ratssitzung, Teil Binnenmarkt und Industrie, wurde eine Allgemeine Ausrichtung (AA) zur RL über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit angenommen. Österreich, Belgien, Bulgarien, Estland, Irland, Litauen, die Niederlande und die Slowakei konnten die AA nicht mittragen bzw. enthielten sich. Folglich wurde ebenfalls eine AA zum Vorschlag für eine VO über den Schutz geografischer Angaben für handwerkliche und industrielle Produkte einstimmig angenommen. Schweden als kommendes Vorsitzland verwies auf eine rasche Aufnahme der Verhandlungen mit dem EP zu diesem Dossier. Als nächsten TOP präsentierte der Vorsitz den Fortschrittsbericht zu den bisherigen Beratungen auf technischer Ebene zum Vorschlag einer Richtlinie hinsichtlich der Stärkung der Verbraucher:innen den ökologischen Wandel durch besseren Schutz gegen unlautere Praktiken und bessere Information und listete die Themen auf, welche einer gründlicheren Diskussion bedürfen. Die EK betonte, es sei hinsichtlich der Bedeutung des Dossiers zur Erreichung der Ziele des Europäischen Grünen Deals wichtig, zügig einen Kompromissvorschlag auszuarbeiten und baldmöglichst mit den interinstitutionellen Verhandlungen zu beginnen. Der Vorsitz stellte

folglich seinen Fortschrittsbericht zur VO zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte („Ecodesign requirements for sustainable products“, ESPR) vor. Seitens der Mehrzahl der Mitgliedstaaten wurde die grundlegende Zielsetzung des Vorschlags begrüßt und weitere Diskussionen insbesondere zur umfangreichen Nutzung von DIRA, der Kohärenz mit anderen horizontalen Rechtsakten, dem Verbot zur Vernichtung unverkaufter Verbrauchsprodukte sowie dem digitalen Produktpass unterstützt. Anschließend billigte der Rat die Schlussfolgerungen (SF) zur Europäischen Agenda für den Tourismus 2030. Die SF zielen auf eine grüne und digitale Transformation sowie eine resilientere Zukunft des Tourismusökosystems ab und enthalten eine Tourismusagenda mit einem mehrjährigen EU-Arbeitsplan. Einstimmig angenommen wurde auch die AA zum Chips Act sowie die Gemeinsame Erklärung des Rates zur Finanzierung. Eine Reihe an Mitgliedstaaten betonten zudem die Bedeutung für die Resilienz der EU-Industrie und die strategische Autonomie. Österreich und fünf weitere Mitgliedstaaten verwiesen darauf, dass alle Mitgliedstaaten von der Initiative profitieren müssen. Ebenfalls wurde die Rolle der Spillover Effekte und die Notwendigkeit eines ambitionierten Ansatzes bei der Finanzierung betont. Auch ECIC und die Frage der kritischen Sektoren wurde angesprochen. Unter dem TOP Sonstiges stellte Schweden die Schwerpunkte seiner kommenden Präsidentschaft vor. Im Bereich des COMPET Rates sind das die Trilogie zum Chips Act, eine frühe Einigung zu Short Term Rentals, Fortschritte bei SMEI und im Bereich der Technischen Harmonisierung, Weiterführung der Verhandlungen bei Ökodesign, dem Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit, dem grünen Übergang für Konsumenten und dem Fernabsatz von Finanzdienstleistungen. Hohe Priorität wird auch das Europäische Gesetz zu kritischen Rohstoffen (CRMA) genießen und auch die Überarbeitung der Rechtsakte zum Schutz von Mustern und Modellen will SE angehen. Anschließend stellte Österreich seinen Vorschlag für die Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Forums für IPCEI vor, der von Deutschland, Frankreich, Niederlande, Griechenland, Luxemburg, Portugal, Rumänien und der Slowakei mitunterzeichnet wurde. Zudem sprachen Kroatien, Polen und Belgien ihre Unterstützung dafür aus. Die EK informierte zu den wichtigsten Aspekten des Berichts der Task Force für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften (SMET) 2021-2022. Abschließend stellte die EK noch kurz den Jahresbericht des EU-KMU Botschafter Netzwerks vor und betonte dessen wichtige Rolle bei der Krisenbewältigung.

## **Rat Wettbewerbsfähigkeit, Teil Forschung, 2. Dezember 2022:**

Am 2. Dezember 2022 fand unter Vorsitz des tschechischen Ministers Vladimír Balaš der Forschungsteil des Rates Wettbewerbsfähigkeit in Brüssel statt. Österreich wurde durch Bundesminister Univ. Prof. Dr. Martin Polaschek vertreten. Seitens der EK war

Kommissarin Mariya Gabriel anwesend, an der Lunch Debate zum Thema technologische Infrastrukturen nahm die stellvertretende Generaldirektorin Joanna Drake teil.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurden Schlussfolgerungen des Rates zu den Forschungsinfrastrukturen, einem Schwerpunkt des tschechischen Vorsitzes, angenommen. Ebenso wurden die Schlussfolgerungen zur neuen europäischen Innovationsagenda angenommen. Die von Deutschland eingebrachte und von Österreich und Luxemburg unterstützte Erklärung betreffend Wasserstoff (konkreter Wortlaut: In the view of the German government, only hydrogen produced on the basis of renewable energies ("green" hydrogen) is sustainable in the long term.) wird dem Ratsprotokoll beigelegt. Nach Annahme der Ratsempfehlung zu Leitprinzipien für die Valorisierung von Wissen folgte die Orientierungsaussprache der Ministerinnen und Minister, die auf Wissenschaft als Instrument zur Förderung der Politikgestaltung in den Mitgliedstaaten fokussierte. Betont wurden von mehreren Delegationen die unterschiedlichen Rollen von Wissenschaft und Politik: Wissenschaft könne politische Entscheidungsfindungen nicht ersetzen. Unterstrichen wurde auch der Stellenwert von Open Science: Daten und Ergebnisse müssten zugänglich sein, zudem müsse man verständlich kommunizieren, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Mehrere Delegationen berichteten von nationalen Maßnahmen. Bundesminister Martin Polaschek führte aus, die Corona-Pandemie habe sehr eindrücklich drei Dinge gezeigt: Es brauche (1) exzellente Forschung als Basis für fundierte politische Entscheidungen, (2) mehr Vertrauen in Forschung und Verständnis dafür, wie Wissenschaft funktioniert sowie (3) eine gute Kommunikation über Entscheidungsprozesse und eine klare Rollenteilung zwischen wissenschaftlicher Beratung und politischer Entscheidung. Er berichtete von den laufenden Arbeiten an einem Zehn-Punkte-Programm zur Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft und Demokratie und nannte als drei konkrete Beispiele aus diesem Plan (1) eine zentrale Stelle für Wissenschafts- und Demokratievermittlung in Österreich, (2) Anreize für Forschende, um sich verstärkt in der Wissenschafts- und Demokratievermittlung zu engagieren (Stichwort Reform des Research Assessment) sowie (3) eine Studie zu den Ursachen der Wissenschaftsskepsis in Österreich. Zahlreiche Mitgliedstaaten sprachen sich für die Unterstützung der Europäischen Kommission aus, auch um den Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Die Kommission möchte die Mitgliedstaaten weiter unterstützen und prüfen, wie die Diskussion auch im European Research Area and Innovation Committee (ERAC) und im ERA Forum fortgesetzt werden kann. Unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges informierte die Europäische Kommission über die am 1. Dezember 2022 gestartete öffentliche Konsultation zu den europäischen Rahmenprogrammen für F&I und ermutigte die Mitgliedstaaten zur Beteiligung. Weiters erfolgte eine Information über die Wissens- und Innovationsgemeinschaft Kultur und

Kreativität des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) durch die Kommission. In Hinblick auf den spanischen Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2023 brachte die spanische Delegation das Interesse an den Arbeiten zur Fortsetzung der Partnerschaft für F&I im Mittelmeerraum (PRIMA) zum Ausdruck. Abschließend informierte die schwedische Delegation, dass das Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes in der ersten Jahreshälfte 2023 am 14. Dezember 2022 vorgestellt werde. Inhaltliche Schwerpunkte im Bereich F&I werden Open Science, die Stärkung der europäischen Forschungsinfrastrukturen sowie die Fortsetzung der Verhandlungen zum Gemeinsamen Unternehmen Chips im Zuge des European Chips Act sein. Das informelle Treffen der Forschungsministerinnen und Forschungsminister wird am 7./8. Februar 2023 in Stockholm stattfinden. Der formelle Rat Wettbewerbsfähigkeit (Forschung) ist für 23. Mai 2023 in Brüssel vorgesehen.

### **Rat Wettbewerbsfähigkeit, Teil Raumfahrt, 2. Dezember 2022:**

Österreich wurde im Raumfahrtteil durch Botschafter MMag. Gregor Schusterschitz vertreten. Seitens der EK war GD Timo Pesonen (DG DEFIS) anwesend. Den Vorsitz führte der tschechische Minister für Verkehr (zuständig auch für Weltraum) Martin Kupka. Außerdem nahm der Direktor der EUSPA, Rodrigo Da Costa, teil.

In der Orientierungsaussprache wurde erörtert, wie die Nutzung von Weltraumdaten und -anwendungen innerhalb der EU in verschiedenen (nicht-Weltraum) Marktsegmenten gesteigert werden kann. Der VS betonte, dass die EU über weltweit führende Weltrauminfrastrukturen wie Copernicus (Erdbeobachtung), Galileo und EGNOS (Navigation) und EU SST (Weltraumlageerfassung- und Überwachung) sowie dem neuen Iris<sup>2</sup> Programm (Sichere Konnektivität) verfüge. Das Potential dieser Infrastrukturen bzw. der satellitenbasierten Daten soll weiter ausgebaut und gefördert werden, um die technologische Unabhängigkeit Europas zu gewährleisten und die unterschiedlichsten Wirtschaftssektoren als Nutzer dieser Daten mit innovativen raumfahrtbasierten Lösungen in ihrem digitalen und grünen Wandel noch effizienter zu unterstützen. Die EK führte aus, man müsse die Arbeiten in Hinblick auf die Nutzung von Weltraumdaten in drei Richtungen forcieren: Erstens gelte es, neue Nutzer:innen, beispielsweise den Versicherungssektor, vom Potential zu überzeugen; zweitens müsse man die neuen digitalen Werkzeuge, wie den Copernicus Open Access Hub, besser nutzen; drittens müsse sichergestellt werden, dass auch andere sektorielle EU-Politiken auf EU-Weltraumdaten verstärkt zurückgreifen und sich deren Potential bewusst werden. Abschließend erklärte die EK, dass man die EU-Nutzer:innenstrategie zu Weltraumdaten Ende 2023 vorlegen werde. Die Mitgliedstaaten stimmten überein, dass eine breitere Nutzung von

Weltraumdaten für sektorielle EU-Politiken, u.a. wurden der Umwelt-, (erneuerbarer) Energie-, Transport-, Agrar- und Finanzdienstleistungssektor und das Katastrophenmanagement genannt, von höchster Priorität sei. Auf die Frage eventueller Hindernisse für die Einführung von EU-Weltraumdiensten auf EU- oder nationaler Ebene erwähnte die Mehrzahl der Mitgliedstaaten das mangelnde Wissen über das Potential der Weltraumdaten. Dies solle, so einige Mitgliedstaaten, durch gezielte Bildung und Sensibilisierungsmaßnahmen verbessert werden. Österreich verwies im Zusammenhang mit der Sensibilisierung und verstärkten Bewusstseinsbildung auf den erfolgreichen Einsatz von Hackathons. Mittels dieses Instruments wurden gemeinsam mit den Nutzer:innen, wie z.B. ASFINAG, ÖBB, Via Donau sowie Bundesforste und Energie Steiermark, weltraumbasierte Lösungen für ganz konkrete Problemstellungen sowohl im Mobilitäts- als auch im Energiebereich erarbeiten. Darüber hinaus kooperiere man eng mit der Wirtschaftsuniversität Wien, den Austrian Angel Investors und Start-ups, um Bewusstsein zu schaffen und das Potential von Weltraumdaten für Nutzer:innen und Investor:innen aufzuzeigen. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass das European Space Policy Institute mit Sitz in Wien eine Plattform für die wirtschaftliche und kommerzielle Entwicklung des Weltraumsektors betreibe. Die EUSPA unterstrich, dass man gemeinsam mit der EK intensiv an der zukünftigen EU Nutzer:innenstrategie arbeite und eine zentrale Rolle bei deren Umsetzung einnehmen werde. Unter „Sonstiges“ informierte die schwedische Delegation über die geplanten Schwerpunkte im ersten Halbjahr 2023 und hob hervor, dass beim Rat Wettbewerbsfähigkeit (Teil Weltraum) im Mai Schlussfolgerungen für einen fairen und nachhaltigen Weltraumzugang verabschiedet werden sollen. Außerdem werde im Februar, in Brüssel, ein hochrangiges Seminar zu „Space as a global common“ stattfinden.

Wir stellen daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

26. Jänner 2023

Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin  
Kocher  
Bundesminister

Ao. Univ.-Prof. Dr. Martin  
Polaschek  
Bundesminister

Leonore Gewessler, BA  
Bundesministerin